
SCHÜLLERMANN

SWS Schüllermann und Partner AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Steuerberatungsgesellschaft

IKbit – Interkommunales Breitbandnetz
Fürth/Odenwald

Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024
und Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2024

– Testatsexemplar –

elektronische Kopie

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Bilanz
- Anlage 2: Gewinn- und Verlustrechnung
- Anlage 3: Anhang
- Anlage 4: Lagebericht
- Anlage 5: Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften vom 1. Januar 2024

0692/25 TE
IBB/Ke
1041302

Hinweis: Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und bei Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

IKbit - Interkommunales Breitbandnetz Fürth/Odenwald

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar 2024 bis 31. Dezember 2024

	2024 EUR	2023 EUR
Umsatzerlöse	134.845,59	228.126,50
Sonstige betriebliche Erträge	199.051,46	37.070,40
Zwischenergebnis	333.897,05	265.196,90
Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-138,80	0,00
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>-33.051,02</u>	<u>-33.656,12</u>
	-33.189,82	-33.656,12
Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	-131.520,96	-121.006,12
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>-37.076,27</u>	<u>-32.973,15</u>
	-168.597,23	-153.979,27
Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>-124.347,69</u>	<u>-64.745,56</u>
Ordentliches Betriebsergebnis	7.762,31	12.815,95
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-7.443,92	-6.700,42
Finanzergebnis	-7.443,92	-6.700,42
Ergebnisse der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	318,39	6.115,53
Außerordentliches Ergebnis	0,00	0,00
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-0,40	-151,00
Ergebnis nach Steuern	317,99	5.964,53
Sonstige Steuern	-94,00	-94,00
Jahresgewinn/Jahresverlust	223,99	5.870,53

Der Jahresgewinn für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von EUR 223,99
soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.



Jahresabschluss zum 31.12.2024

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

I.) Allgemeine Angaben zum Eigenbetrieb

Mit Wirkung ab dem 15. Dezember 2011 hat die für das Breitbandprojekt Weschnitztal-Überwald federführende Gemeinde Fürth einen Eigenbetrieb unter der Bezeichnung „IK^{bit} – Interkommunales Breitbandnetz“ zur Koordination und Abwicklung des Breitbandprojektes gegründet.

II.) Allgemeine Angaben zum Jahresabschluss

Auf den Jahresabschluss des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2024 werden gemäß § 22 EigBGes die Vorschriften der Rechnungslegung für große Kapitalgesellschaften angewendet.

Der Ansatz und die Bewertung der Aktiva und Passiva erfolgen nach den für alle Kaufleute geltenden Grundsätzen der §§ 238 – 256 HGB sowie den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß den §§ 264 – 288 HGB. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung richtet sich nach den Formblattvorschriften (Formblatt VO) des Eigenbetriebsgesetzes. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren (§ 275 Abs. 2 HGB) erstellt worden.

Für den nach § 26 EigBGes aufzustellenden Lagebericht findet § 289 HGB sinngemäß Anwendung.

III.) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Ansatz und die Bewertung der Aktiva und Passiva erfolgen nach den für alle Kaufleute geltenden Grundsätzen der §§ 238 – 256 HGB sowie den ergänzenden Vorschriften für Kapitalgesellschaften gemäß den §§ 264 – 288 HGB.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände werden mit dem Nennwert oder mit dem am Bilanzstichtag niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Bei Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet ist, werden angemessene Wertabschläge vorgenommen, uneinbringliche Forderungen werden abgeschrieben.

Die Bewertung der Forderungen in Handelsbilanz und Steuerbilanz stimmt überein.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrages angesetzt.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert.



IV.) Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

Umlaufvermögen

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Von den Forderungen an die Gemeinde Fürth in Höhe von 75.705,80 € (Vorjahr: 120.797,48 €) stammen 75.705,80 € (Vorjahr: 120.797,48 €) aus Lieferungen und Leistungen. Davon haben 62.675,00 € (Vorjahr: 87.661,48 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Von den Forderungen an die übrigen Projektkommunen und Dritte in Höhe von 152.366,37 € (Vorjahr: 270.402,78 €) haben 92.907,90 € (Vorjahr: 67.366,00 €) eine Laufzeit von mehr als einem Jahr.

Eigenkapital

Das Stammkapital des Eigenbetriebes beträgt unverändert 15.000,00 €.

Rückstellungen

Sonstige Rückstellungen (9 T€, im Vorjahr 10 T€) wurden für Verpflichtungen für Jahresabschlusskosten und Steuerberaterkosten gebildet.

Verbindlichkeiten

	Gesamtbetrag Vorjahr	Gesamtbetrag 31.12.2024	Davon mit einer Laufzeit			
			bis zu einem Jahr	zwischen einem und fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren	davon gesichert
			EUR	EUR	EUR	EUR
Verbindlichkeiten gg. Kreditinstitute	295.860,65	132.024,25	132.024,25	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	37.226,43	59.225,04	59.225,04	0,00	0,00	0,00
Verbindlichkeiten gg. Gemeinde	4.133,69	3.912,98	3.912,97	0,00	0,00	0,00
sonstige Verbindlichkeiten	28.563,98	3.172,24	3.172,24	0,00	0,00	0,00



Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse betreffen die Netzpacht i. H. v. 31 T€ (Vorjahr: 33 T€).

Ebenfalls in den Umsatzerlösen sind die Weiterbelastungen von Sach- und Personalkosten (104 T€; Vorjahr: 195 T€), die durch die Projektkommunen an den Eigenbetrieb gezahlt werden, enthalten.

Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge enthalten im Wesentlichen die erhaltenen Fördermittel für Beratungsleistungen (68 T€), welche durch das BMDV gezahlt werden, sowie den Zuschuss des Kreis Bergstraße für den Breitbandausbau in Höhe von 114 T€.

Materialaufwand

Der Materialaufwand setzt sich hauptsächlich aus der Weiterleitung der Netzpacht an die Gemeinden (31 T€; Vorjahr 33 T€) zusammen.

Personalaufwand

Der Personalaufwand betrifft die dem Eigenbetrieb gemäß Stellenübersicht zugeordneten Mitarbeiter.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen Rechts- und Beratungskosten (107 T€, Vorjahr 48 T€), die Aufwendungen für Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung (11 T€, Vorjahr 10 T€), sowie Bewirtungs- und Reisekosten (2 T€) im Zuge der Bietergespräche im Vergabeverfahren und Übergabe der Förderbescheide durch Bund und Land.

Steuern vom Einkommen und Ertrag

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag enthalten im Wesentlichen Gewerbesteuer (3 €, Vorjahr 150 € Erstattung) sowie Körperschaftsteuer und Solidaritätszuschlag (2 €, Vorjahr 0 T€ Erstattung).



V.) Ergänzende Angaben

Abschlussprüferhonorar

Für das Geschäftsjahr wurden 6 T€ (Vorjahr: 6 T€) Honorar für die Abschlussprüfung als Aufwand gebucht.

Personalstand

Bei dem Eigenbetrieb waren im Berichtsjahr eine Person zu einer ganzen Stelle und eine Person zu einer 0,8 Stelle beschäftigt.

Weiterhin war im Berichtsjahr eine weitere Person mit 15 Stunden/ Woche beschäftigt und ab dem 01.07.2024 mit 18 Stunden/ Woche.

Betriebsleitung

Als Betriebsleiter des Eigenbetriebes ist Herr Jan Fischer, Verwaltungsfachwirt, bestellt.

Als stellvertretender Betriebsleiter des Eigenbetriebes ist Herr Sebastian Lang, Handelsfachwirt, bestellt.

Die Angabe der Vergütung für die Betriebsleitung unterbleibt gem. § 286 IV HGB in Verbindung mit § 285 Nr. 9 HGB.

Betriebskommission

Der Betriebskommission des Eigenbetriebes gehörten im Jahr 2024, sowie bis zum Aufstellungsdatum des Jahresabschlusses an:

Gemeindevorstand

	Stellvertreter/in
Herr Bürgermeister Volker Oehlenschläger (Vorsitzender)	Herr Ewald Pospischil, Rentner, bis 20.01.2024
Herr Michael Wüst, Rentner	Herr Klaus Emig, Rentner, ab 19.03.2024
Herr Jürgen Lauterbach, Elektroingenieur in Altersteilzeit	Frau Juliette Grassinger, Rechtsanwalts- und Notargehilfin

Gemeindevertretung

	Stellvertreter/in
Herr Rainer Gemmel, Wirtschaftsinformatiker	Frau Simone Blesing, kaufm. Angestellte
Herr Adalbert Keil, Rentner	Herr Hans-Georg Respondek, Projektleiter Microsoft Dynamics NAV

Personalrat

	Stellvertreter/in
Herr Sebastian Renner, Verwaltungsfachwirt	Frau Ludmilla Jost, Bürokauffrau



Fachkundiger Bürger (Anwesenheits- und Rederecht, kein Stimmrecht)

Herr Thomas Unrath, Elektromeister	
------------------------------------	--

Im Berichtsjahr 2024 fanden zwei Sitzungen der Betriebskommission statt. Es wurden Sitzungsgelder in Höhe von 121,75 € gezahlt.

Die Mitglieder aus Gemeindevorstand und Gemeindevertretung wurden im März 2021 (Kommunalwahl) neu gewählt. Die Wahlzeit beträgt 5 Jahre bis zum 31.03.2026. Die Mitglieder des Personalrates wurden bei der Personalratswahl am 22.05.2024 neu gewählt.

VI.) Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

VII.) Verwendungsvorschlag des Jahresergebnisses

Der Jahresgewinn für das Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 223,99 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Fürth, den 19. August 2025


Jan Fischer
Betriebsleiter



IK^{bit} Interkommunales
Breitbandnetz

Lagebericht zum 31. Dezember 2024

zum Jahresabschluss 2024

des Eigenbetriebes

„IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

I. Grundlagen des Unternehmens

1. Geschäftsmodell des Unternehmens

Der Eigenbetrieb „IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“ der Gemeinde Fürth wurde Ende 2011 gegründet und hat die Aufgabe, den Aufbau einer flächendeckenden, gemeindeeigenen, an Glasfaserkabel gebundenen und hochbitratigen, zukunftssicheren und ausbaufähigen Breitbandinfrastruktur für die zehn beteiligten Kommunen, Abtsteinach, Birkenau, Fürth, Grasellenbach, Goxheimertal, Heppenheim, Lindenfels, Mörlenbach, Rimbach und Wald-Michelbach zu koordinieren und abzuwickeln.

Der Projektinitiierung vorausgegangen war eine im Jahr 2009 durch die Wirtschaftsförderung Bergstraße GmbH durchgeführte kreisweite Bestands- und Bedarfsanalyse zur Breitbandversorgung im Kreis Bergstraße. Diese hatte eine vergleichbare Ausgangslage in den Odenwaldkommunen und den Stadtteilen der Kreisstadt Heppenheim ergeben. Die Analyse zeigte eine Unterversorgung bei den schnellen Internetanschlüssen, insbesondere in den Ortsteilen mit teilweise lediglich erzielbaren Übertragungsraten von 1 oder 2 Megabit pro Sekunde auf und, dass für viele Bürger und Unternehmen die verfügbaren Geschwindigkeiten nicht ausreichend waren. Nachfolgende Gespräche mit privaten Telekommunikationsunternehmen sowie eine formale Markterkundung blieben jedoch ergebnislos. Kein privates Unternehmen wollte in den Breitbandausbau in den ländlich gelegenen Kommunen investieren.

Der Bedarf an schnellen Internetzugängen, beispielsweise für die Arbeit, das Studium oder die Schule, besteht jedoch bereits und wird stetig wachsen. Schneller Informations- und Wissensaustausch im beruflichen sowie privaten Leben gewinnt immer mehr an Bedeutung. Hochgeschwindigkeitsdatennetze werden zur unverzichtbaren sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur für Bürger und Unternehmen. Aufgrund dieser Bedeutung des Standortfaktors Breitbandversorgung haben die zehn Kommunen Abtsteinach, Birkenau, Fürth, Goxheimertal, Grasellenbach, Heppenheim, Lindenfels, Mörlenbach, Rimbach und Wald-Michelbach den Breitbandausbau selbst und gemeinsam in die Hand genommen und das Interkommunale Breitbandnetz IKbit ins Leben gerufen.

Die interkommunale Zusammenarbeit der beteiligten Kommunen wurde langfristig geregelt. Nach der Unterzeichnung einer informellen Absichtserklärung im Jahr 2010 wurde am 14. Dezember 2011 die Kooperation mit einer öffentlich-rechtlichen Vereinbarung formal geschlossen.

Im Dezember 2014 konnte der Breitbandausbau in den Kommunen abgeschlossen werden. Das Interkommunale Breitbandnetz IKbit war damit eines der ersten in Hessen umgesetzten kommunal getragenen Breitbandausbauprojekte. Das Netz besteht aus rund 230 Kilometer Glasfaserkabel. Es wurden 327 Multifunktionsgehäuse aufgebaut. Die Multifunktionsgehäuse wurden vom Technikstandort der ENTEGA Medianet GmbH über das verlegte Glasfasernetz angeschlossen und mit insgesamt 411 Kabelverzweiger der Deutschen Telekom verbunden. Die bisherige Kupferleitung vom Technikstandort des Telekommunikationsanbieters zum Kabelverzweiger wird hierdurch eingespart, die Kupferleitung vom Kabelverzweiger bis ins Haus wird weiterhin genutzt (sog. „letzte Meile“).

Mit Hilfe dieses FTTC-Ausbaummodells (Fiber to the curb) werden für über 95% der Haushalte Internetanschlüsse mit Übertragungsgeschwindigkeiten von bis zu 50 Megabit pro Sekunde erreicht. Somit konnte die erste Ausbaustufe erfolgreich abgeschlossen werden und der umgesetzte FTTC-Ausbau ist zudem zukunftsorientiert und nachhaltig angelegt worden, um eine bedarfsoorientierte Weiterentwicklung des Netzes zu ermöglichen.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

In drei Kommunen wurden seit 2017 in kleineren, noch nicht mit 50 Mbit/s versorgten, Teilbereichen (betrifft rund 140 Gebäude) Nachverdichtungsprojekte realisiert, bei denen teilweise auch schon Glasfaserhausanschlüsse mit einer Datenrate von bis zu 1.000 Mbit/s hergestellt wurden. Außerdem haben bereits alle Schulstandorte des Kreises Bergstraße im IKbit-Gebiet über das bestehende Netz einen Glasfaseranschluss erhalten.

Die ENTEGA Medianet GmbH hat als Telekommunikationsanbieter den Betrieb und die Internetversorgung übernommen. Durch das Breitbandnetz können die rund 40.000 Haushalte und 7.000 Unternehmen in den beteiligten Kommunen schnelles Internet erhalten. Das Breitbandnetz wurde Schritt für Schritt nach Fertigstellung in den einzelnen Kommunen in Betrieb genommen, bis Ende 2014 alle Kommunen an das Netz angeschlossen waren. Der Vectoring-Ausbau im IKbit Gebiet durch die ENTEGA Medianet GmbH ist seit April 2018 und die Vectoring-Umsetzung seit 04. Dezember 2018 abgeschlossen. Durch den Vectoring-Ausbau und der damit verbundenen Verdopplung der Bandbreite im Nahbereich wird die Möglichkeit eröffnet, Produkte mit bis zu 100 Mbit/s anbieten zu können.

Ebenfalls handelt es sich bei dem aufgebauten Netz um ein sogenanntes „Open-Access-Netz“. Dies bedeutet, dass das Netz für alle weiteren Telekommunikationsunternehmen, und nicht nur für die ENTEGA Medianet GmbH, offensteht. Alle Telekommunikationsunternehmen können sich „einmieten“ und ihre Produkte über das Netz an die Bürger verkaufen, wobei die Abwicklung über die ENTEGA Medianet GmbH erfolgt.

Mit der GGEWnet aus Bensheim konnte dies bereits 2014 und mit der Deutschen Telekom AG 2020 realisiert werden. Dementsprechend können interessierte Bürger zwischen drei Telekommunikationsunternehmen wählen und Verträge abschließen.

Zur Finanzierung des Projektes wurde durch den Eigenbetrieb ein Darlehen bei der Hessischen Wirtschafts- und Infrastrukturbank über 19.700.000,00 € aufgenommen.

Der Eigenbetrieb zahlt alle anfallenden Projektkosten direkt an die ausführende Baufirma bzw. Dritte. Diese Projektkosten sowie anfallende Sach- und Personalkosten im Eigenbetrieb werden den Kommunen weiterbelastet.

Durch die Verpachtung des Netzes an die ENTEGA Medianet GmbH erwirtschafteten Erlöse werden ebenfalls an die Kommunen weitergeleitet.

Die Weiterleitung der Aufwendungen und Erträge erfolgt durch den Eigenbetrieb an die Kommunen eins zu eins, d.h. ohne Gewinnaufschlag.

Der Eigenbetrieb dient somit als zentrale Stelle zur Abwicklung des gesamten Projektes der zehn Kommunen.

Bereits seit einigen Jahren beschäftigt sich IKbit mit der Weiterentwicklung des Breitbandausbaus hin zu einem flächendeckenden Gigabitausbau. Im Jahr 2017 wurde eine, durch den Bund geförderte, Migrationsstudie durchgeführt, welche die generellen Ausbauoptionen aufgezeigt und untersucht hat.

Durch die von Telekommunikationsunternehmen angezeigten Absichten, einen eigenwirtschaftlichen Gigabitausbau in Teilgebieten des IKbit-Gebiets zu realisieren, hätte sich für die Kommunen das Risiko ergeben, dass die Erträge aus der Verpachtung des FTTC-Bestandsnetzes bei einem gleichzeitigen Gigabitausbau in den kommenden Jahren stark zurückgegangen wären. Dies hätte auch eine Refinanzierung des Kommunaldarlehens verlangsamt und insgesamt erschwert. Durch den erfolgten Verkauf des FTTC-Bestandsnetzes im Mai 2022 an das regionale Telekommunikationsunternehmen ENTEGA Medianet GmbH, rückwirkend zum 01.01.2022, ist dies verhindert worden und mit dem Erlös konnte das Kommunaldarlehen vorzeitig abgelöst werden. Die Anschlusszahlen waren bis zum erfolgten Netzverkauf aus Sicht der Betriebsleitung stets positiv gewesen und haben gezeigt, dass Bürger und Unternehmen die für sie geschaffene Infrastruktur nutzen.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

Mit der am 12.04.2022 erfolgten Modifizierung der bestehenden ÖRV ist der Eigenbetrieb „IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“ mit der Realisierung eines flächendeckenden Gigabitausbau beauftragt worden.

Durch das Interesse von Telekommunikationsunternehmen, einen eigenwirtschaftlichen Gigabitausbau vorzunehmen, bestand die Möglichkeit in Teilen des IKbit-Gebietes einen Gigabitausbau ohne finanziellen Beitrag der Kommunen zu erreichen, was den potenziellen finanziellen Beitrag der Kommunen für einen flächendeckenden Glasfaserausbau beträchtlich minderte. Hierzu hat die ENTEGA Medianet GmbH eine verbindliche Vereinbarung bezüglich ihres angekündigten eigenwirtschaftlichen Ausbaus unterzeichnet und bis heute ihren eigenwirtschaftlichen Ausbau bereits weitestgehend abgeschlossen.

Alle verbleibenden Restgebiete werden über einen geförderten Gigabitausbau realisiert, welcher zentral über den Eigenbetrieb „IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“ abgewickelt wird und für den die Kommunen einen finanziellen Eigenanteil zu tragen haben.

Dieser geförderte Gigabitausbau in den verbleibenden, nicht eigenwirtschaftlich ausgebauten Gebieten, wird interkommunal unter Einbindung der verfügbaren Förderprogramme von Bund und Land realisiert, da sich die Zusammenarbeit bereits bewährt hat und so das Projekt ressourcensparend bewältigt werden kann. Die entsprechenden Förderbescheide wurden bereits 2023 in vorläufiger Höhe bewilligt.

Der Ausbau selbst erfolgt im Wirtschaftlichkeitslückenmodell. Die zusammengeschlossenen Kommunen – vertreten durch IKbit – vergeben hierzu eine Konzession für den Bau sowie den Betrieb an einen Netzbetreiber und finanzieren die durch diesen ermittelte Wirtschaftlichkeitslücke gemeinsam. Die Wirtschaftlichkeitslücke ergibt sich dabei nach einer vom Fördermittelgeber vorgeschriebenen Berechnung, in der der Netzbetreiber nachweisen muss, wie hoch die kalkulierte Investition die kalkulierten Einnahmen innerhalb von 7 Jahren übersteigt. Für die Finanzierung der Wirtschaftlichkeitslücke erhalten die Kommunen wiederum eine Förderung von Bund und Land von insgesamt 90% - ein Eigenanteil von 10% muss von den Kommunen geleistet werden. Das errichtete Netz gehört dem Netzbetreiber und muss für mindestens sieben Jahre (Zweckbindungsfrist) betrieben werden. Natürlich ist ein Betrieb über die Zweckbindungsfrist von sieben Jahren hinaus gewünscht und liegt auch im wirtschaftlichen Interesse des im Vergabeverfahren bezuschlagten Telekommunikationsunternehmens.

Nach dem Erhalt der Förderbescheide in vorläufiger Höhe konnte als nächster Schritt das entsprechende Vergabeverfahren zum geförderten Gigabitausbau in den Projektkommunen durch den Eigenbetrieb im Januar 2024 gestartet werden. Bei dem Vergabeverfahren für die „Bereitstellung eines flächendeckenden Gigabitnetzes und Angebot breitbandiger Telekommunikationsdienste in unversorgten Gebieten“ handelt es sich bei dem Beschaffungsgegenstand um eine Dienstleistungskonzeption. Die Ausschreibung hierzu wurde als zweistufiges Verfahren, bestehend aus einem vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb und einem anschließenden Verhandlungsverfahren, durchgeführt.

Durch ein im November 2024 beim Verwaltungsgericht Darmstadt eingeleitetes Verwaltungsstreitverfahren im Vergabeverfahren dauerte der Vergabeprozess länger an. Das Streitverfahren konnte mit Beschluss des Verwaltungsgerichts Darmstadt am 01.04.2025 zu Gunsten der Gemeinde Fürth – Eigenbetrieb IKbit entschieden werden.

Somit konnte das Vergabeverfahren im April 2025 mit der Zuschlagserteilung abgeschlossen werden. Am 15.04.2025 wurde der entsprechende Zuwendungsvertrag der Dienstleistungskonzeption „zur Anbindung unversorgter Gebiete an ein Gigabitnetz unter Gewährung einer Investitionsbeihilfe“ (sog. Wirtschaftlichkeitslückenmodell) für die Glasfaseranbindung von unversorgten Adresspunkten in den neun beteiligten IKbit-Kommunen Abtsteinach, Birkenau, Fürth, Gorxheimertal, Grasellenbach, Lindenfels, Mörlenbach, Rimbach sowie Wald-Michelbach rechtsverbindlich unterzeichnet (die Kreisstadt Heppenheim ist bei dem geförderten Gigabitausbau nicht beteiligt, da für diese bei der



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

Markterkundung ein eigenwirtschaftlicher Vollausbau angezeigt worden ist). Dieser tritt mit Erhalt des Zuwendungsbescheids des Bundes in endgültiger Höhe in Kraft.

Als nächsten Schritt werden die Fördermittel bei Bund und Land in endgültiger Höhe beantragt und die Projektplanung entsprechend aktualisiert.

Der Gigabitausbau in den IKbit-Kommunen ist ein wichtiges Ziel in den kommenden Jahren. Die Ausbaustrategie kann flächendeckend durch die Kombination von Eigenausbauten durch Telekommunikationsunternehmen sowie des geförderten Ausbaus durch die Kommunen realisiert werden.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

In der Regel werden Breitbandnetze von privatwirtschaftlichen Telekommunikationsunternehmen ausgebaut und betrieben. Ein Ausbau erfolgt jedoch grundsätzlich nur, wenn die damit verbundenen Kosten möglichst zeitnah durch Einnahmen gedeckt werden. Die Höhe der zu erwartenden Einnahmen ist wiederum abhängig von der Anzahl der vorhandenen Haushalte einer Region.

Das bedeutet, je mehr Haushalte in einer Region angesiedelt sind, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Ausbau eines Breitbandnetzes sich als ausreichend rentabel erweist. Das ist meist in Ballungsgebieten, aber eher selten in ländlichen Räumen der Fall.

Bisher gab es seitens privatwirtschaftlicher Unternehmen keine Absichten, ein Breitbandnetz auszubauen bzw. zu erstellen. Somit wäre, trotz des hohen Bedarfs, kein Ausbau des Netzes erfolgt. Die Anzahl der Haushalte in den 10 „IKbit-Kommunen“ war zu gering, als dass ein Telekommunikationsunternehmen hier den Ausbau eines flächendeckenden Breitbandnetzes bereits 2011 als wirtschaftlich interessant ermessen hätte.

Die „IKbit-Kommunen“ haben die Bedeutung der Breitbandversorgung für die Zukunft unserer Region erkannt und nahmen den Ausbau selbst in die Hand.

Durch den Ausbau eines Breitbandnetzes und dem daraus resultierenden Betrieb des Netzes über die ENTEGA Medianet GmbH standen die 10 Kommunen auch in Konkurrenz zu anderen Telekommunikationsunternehmen. Die Konkurrenzsituation bestand bisher hauptsächlich durch vereinzelten Glasfaserausbau in den beteiligten 10 Kommunen (Neubau- und Gewerbegebiete), wobei noch höhere Bandbreiten zur Verfügung gestellt werden können. In den einzelnen Ortsteilen besteht zum „IKbit-Netz“ keine Konkurrenzsituation, da hier nur über das errichtete FTTC-Netz Bandbreiten bis zu 50 Mbit/s erreicht werden können.

Allerdings hätte sich für die Kommunen durch die seit 2020 angezeigten Absichten von Telekommunikationsunternehmen, einen eigenwirtschaftlichen Gigabitausbau in Teilgebieten des IKbit-Gebiets zu realisieren, ein Risiko ergeben können, dass die Erträge aus der Verpachtung des FTTC-Bestandsnetzes bei einem gleichzeitigen Gigabitausbau in den kommenden Jahren stark zurückgehen würden. Dies hätte auch eine Refinanzierung des Kommunaldarlehens verlangsamt und insgesamt erschwert. Daher ist das FTTC-Bestandsnetzes im Mai 2022 an das regionale Telekommunikationsunternehmen ENTEGA Medianet GmbH verkauft worden und mit dem Erlös konnte das Kommunaldarlehen vorzeitig abgelöst werden.

Die Betriebsleitung geht dabei von den nachfolgenden positiven Effekten einer guten Breitbandversorgung für die Region aus:



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

Durch die bereits hohe Bandbreite, die durch das bis 2014 errichtete FTTC-Netz angeboten werden kann, in Kombination mit der Perspektive auf eine flächendeckende Gigabitversorgung bis 2030, bleiben Unternehmen in der Region. Die Bevölkerungsdichte und die Wirtschaftslage bleiben somit stabil in den Kommunen bzw. werden gestärkt. U.a. siedeln sich neue Unternehmen in den Kommunen an, die die Standortattraktivität der 10 Kommunen der Metropolregion Rhein-Neckar zu schätzen wissen. Ebenfalls erhalten Immobilien ihren Wert bzw. wird dieser durch die Breitbandverfügbarkeit noch gestärkt. Weiterhin sorgen die Kommunen durch den Breitbandausbau für eine nachhaltige Lebensqualität in ihrer Region.

2. Geschäftsverlauf

Netzpachterlöse werden nur noch für Erweiterungsprojekte und das Schulprojekt an den Eigenbetrieb ausgezahlt, da diese mit Fördermitteln erstellten Netzteile erst zu einem späteren Zeitpunkt verkauft werden können.

Daher sind die nachfolgenden Übersichten entsprechend gekürzt bzw. weisen nur noch kleinere Beträge wie bisher aus. Auf die einzelnen Kommunen entfallen folgende Netzpachterlöse und Kundenzahlen:

Netzpacht

	Erlöse Netzpacht 2022 bis 2024 geförderte Ausbaugebiete inkl. Schulen (Stand 31.12.)	Erlöse Netzpacht 2024 geförderte Ausbaugebiete inkl. Schulen	Erlöse Netzpacht 1. Quartal 2025 geförderte Ausbaugebiete inkl. Schulen
Abtsteinach	1.879,47 €	768,00 €	192,00 €
Birkenau	5.147,47 €	2.304,00 €	576,00 €
Fürth	18.846,24 €	6.567,01 €	1.622,90 €
Gorxheimertal	8.029,18 €	2.837,30 €	741,74 €
Grasellenbach	13.797,19 €	3.498,48 €	192,00 €
Heppenheim	14.519,47 €	6.144,00 €	1.536,00 €
Lindenfels	1.708,80 €	768,00 €	192,00 €
Mörlenbach	3.443,20 €	1.536,00 €	384,00 €
Rimbach	7.660,79 €	3.072,00 €	768,00 €
Wald-Michelbach	7.859,20 €	3.072,00 €	768,00 €
Summe	82.891,28 €	30.566,79 €	6.972,64 €

Kundenzahlen der geförderten Projekte zum 31.12.2024

	Kunden	Schulen
Abtsteinach	-	1
Birkenau	-	3
Fürth	32	2
Gorxheimertal	15	1
Grasellenbach	-	1
Heppenheim	-	8
Lindenfels	-	1
Mörlenbach	-	2
Rimbach	-	4
Wald-Michelbach	-	4
Summe	47	27



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

Mit dem Netzverkauf im Mai 2022, rückwirkend zum 01.01.2022, sind alle offenen Forderungen der Kommunen beim Eigenbetrieb IKbit, die das Ursprungsprojekt (FTTC-Netz/nicht geförderte Netzbeteilteile) betreffen, abgelöst worden. Die Kommunen sind keine Netzeigentümer mehr und tragen somit nicht länger das Risiko, eine Netzauslastung zur Refinanzierung des Netzausbau erreichen zu müssen.

Da ab dem Netzverkauf zum 01.01.2022 weiterhin noch Netzpacht für die Erweiterungsprojekte (Fürth, Gorxheimertal und Grasellenbach) und das Schulprojekt an den Eigenbetrieb ausgezahlt wird, konnten im Jahr 2024 Netzpachterlöse in Höhe von 30.566,79 € eingenommen werden, die an die Projektkommunen, je nach Anteil der Kommune, weitergeleitet wurden. Die beiden FTTC-Erweiterungsprojekte in Fürth und Grasellenbach wurden im August 2024 an die Entega verkauft, da hier die Zweckbindungsfrist in diesem laufenden Jahr ausgelaufen war.

Neben der Netzpacht, die dem Eigenbetrieb durch den Betreiber ENTEGA Medianet GmbH erstattet wird, erhält er auch durch die Projektkommunen entsprechende Erstattungen. Hierunter zählen die Kostenerstattungen der Sach- und Personalkosten, die dem Eigenbetrieb in gleicher Höhe entstanden sind. Im Jahr 2024 handelt es sich hierbei um 104 T€.

3. Lage

a.) Ertragslage

	Veränderung (2024 / 2023) €	2024 €	2023 €	2022 €
Summe Erträge (inkl. Zinserträge)	68.867,05	333.897,05	265.030	968.404
Summe Aufwendungen (inkl. Zinsaufwendungen)	-74.513,06	-333.673,06	-259.160	-968.946
Jahresergebnis	<u>-5.646,01</u>	223,99	5.870	<u>-542</u>

Die Erträge im Jahr 2024 setzen sich aus Umsatzerlösen in Höhe von 317 T€ (Vorjahr: 265 T€), die sich in Erlöse aus der Weiterbelastung von Sach- und Personalkosten 104 T€ (Vorjahr: 195 T€) und Erlöse aus dem Netzbetrieb (Netzpacht) 31 T€ (Vorjahr: 33 T€) aufteilen. Ebenfalls sind hier 68 T€ Förderung aus Bundesmittel für Beratungsleistungen und 114 T€ Zuschuss des Kreis Bergstraße zum Breitbandausbau enthalten.

Die Aufwendungen im Jahr 2024 setzen sich zusammen aus Aufwendungen für bezogene Leistungen in Höhe von 33 T€ (Vorjahr: 34 T€), Personalkosten in Höhe von 169 T€ (Vorjahr: 154 T€), sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von 124 T€ (Vorjahr: 65 T€), Zinsaufwendungen in Höhe von 7 T€ (Vorjahr: 7 T€). Die enorm gestiegenen sonstigen betrieblichen Aufwendungen betreffen im Wesentlichen die rechtlichen Beratungskosten der Kanzlei Muth & Partner, der Broadband Academy GmbH sowie des TÜV Rheinland Consulting GmbH für die Unterstützung in einem Verwaltungsstreitverfahren im Vergabeprozess.

Da grundsätzlich alle Aufwendungen und Erträge auf die Gemeinden umgelegt werden, kommt es im Falle von bilanziell notwendigen Periodenabgrenzungen zum zeitlichen Auseinanderfallen zwischen den korrespondierenden Erträgen und Aufwendungen und somit zu entsprechenden Ergebnisauswirkungen. So führt z.B. die Bildung von Rückstellungen zur Ergebnisverschiebung, da die Kosten erst bei Vorlage der Rechnung weiterbelastet werden.

Hinsichtlich der Zusammensetzung der Umsatzerlöse und Personalkosten verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

b.) Finanzlage

Kapitalflussrechnung:

	2024	2023
Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit (Operativer Cashflow)		TE
Mittelabfluss Finanzierungsbereich (Schuldenentilgung)	164	-43
Veränderung Geldvermögen	0	0
Zahlungsmittelbestand am 31.12. Vorjahr	164	-43
Zahlungsmittelbestand am 31.12. akt. Jahr	-296	-253
	-132	-296

Der negative operative Cashflow resultiert im Wesentlichen aus der Vorfinanzierung der verbliebenen Bauprojekte, die den beteiligten Kommunen noch nicht abschließend weiterberechnet wurden.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

c.) Vermögenslage

	31.12.2024 T€	31.12.2023 T€
Aktivseite		
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon 93 langfristig)	152	270
Forderung an die Gemeinde (davon 63 langfristig)	76	121
sonstige Vermögensgegenstände	8	13
Bar- und Bankkontenbestand	1	1
	237	404
Passivseite		
Stammkapital	15	15
Verlust/Gewinn lfd. Jahr	0	6
Allgemeine Rücklage	1	1
Verlustvortrag	13	8
Rückstellungen	9	9
Verbindlichkeiten gg. Kreditinst.	132	296
Verbindlichkeiten aus LuL	60	37
Verb.gg.Gemeinde/and.Eigenbetr.	4	4
sonstige Verbindlichkeiten	3	29
	237	404

Die Bilanzsumme hat sich um 167.226,25 € reduziert und beträgt jetzt 237.254,56 € (31. Dezember 2023: 404.480,81 €).



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

Die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 118 T€ im Vergleich zum 31. Dezember 2023 kommt im Wesentlichen aus den niedrigeren Sach- und Personalkosten für das Jahr 2024, die mit den beteiligten Projektkommunen abgerechnet werden.

Die Forderungen an die Gemeinde Fürth haben sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls reduziert (45 T€).

Auf der Passivseite haben sich im Bereich der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten Änderungen zum Vorjahr in Höhe von 163 T€ ergeben.

Zusammensetzung und Entwicklung des **Eigenkapitals**:

	Stammkapital T€	Allgemeine Rücklagen T€	Gewinn / Verlust T€	Summe Eigenkapital T€
01. Januar 2024	15	0	6	20
Periodenergebnis 2024	0	0	0	0
Übertrag allg. Rücklage	0	1	0	1
31. Dezember 2024	15	1	0	16

In der Bilanz zum 31.12.2024 weist der Eigenbetrieb ein Bilanzergebnis von 223,99 € aus. Aufgrund dieses Bilanzergebnisses ergibt sich, unter Berücksichtigung des Stammkapitals, ein Eigenkapital in Höhe von 16 T€ zum 31.12.2024.

Der Jahresgewinn 2024 in Höhe von 223,99 € soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Rückstellungen

stellen sich wie folgt dar:

	Stand 31.12.2023 / 01.01.2024 T€	Auflösung / Inanspruchnahme T€	Zuführung T€	Stand 31.12.2024 T€
Rückstellung für Wirtschaftsprüfer & Steuerberater	9	9	9	9
Rückstellungen für Gewerbesteuer	0	0	0	0
Körperschaftssteuer	0	0	0	0
Summe	9	9	9	9

Insgesamt hat sich aus Sicht der Betriebsleitung der Geschäftsverlauf des Geschäftsjahres 2024 aussichtsreich entwickelt.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

III. Prognosebericht

Die zum 31.12.2024 bestehenden geförderten Ausbauprojekte (FTTB-Lückenschluss Gorxheimertal, FTTB-Pilotprojekt Fürth-Brombach/Leberbach und Schulen) laufen im bisherigen Modell weiter. Hierfür erhält der Eigenbetrieb entsprechende Netzpachterlöse und leitet diese an die Kommunen weiter. Die beiden geförderten Ausbauprojekte FTTC-Lückenschluss Fürth-Brombach und FTTC-Lückenschluss Grasellenbach wurden zum 01.08.2024 (nach Ablauf der Zweckbindungsfrist) an die Entega veräußert und die drei aktuell bestehenden geförderten Ausbauprojekte sollen ebenfalls nach Ablauf ihrer Zweckbindungsfrist (Fördermittelbedingung) ebenfalls gestaffelt veräußert werden.

Für das Jahr 2025 werden ca. 28.000,00 € an Netzpachterlösen erwartet, da hier entsprechend nur noch Netzpachterlöse für die geförderten Ausbauprojekte fließen (Fürth, Gorxheimertal und Schulen). Diese Umsatzerlöse werden, wie auch alle anfallenden Aufwendungen, wie Sach- und Personalkosten, an die Kommunen weitergeleitet, sodass der Eigenbetrieb aus diesen Aktivitäten ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet.

Die von den Telekommunikationsunternehmen angezeigten eigenwirtschaftlichen Gigabitausbauten sollen bis 2028 abgeschlossen sein.

Die verbleibenden Restgebiete werden durch den Eigenbetrieb „IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“ im geförderten Gigabitausbau abgewickelt.

Das Vergabeverfahren hierzu wurde im April 2025 abgeschlossen. Ebenfalls wurde der entsprechende Zuwendungsvertrag der Dienstleistungskonzeption „zur Anbindung unversorgter Gebiete an ein Gigabitnetz unter Gewährung einer Investitionsbeihilfe“ (sog. Wirtschaftlichkeitslückenmodell) für die Glasfaseranbindung von unversorgten Adresspunkten in den neun beteiligten IKbit-Kommunen Abtsteinach, Birkenau, Fürth, Gorxheimertal, Grasellenbach, Lindenfels, Mörlenbach, Rimbach sowie Wald-Michelbach rechtsverbindlich unterzeichnet. Dieser tritt mit Erhalt des Zuwendungsbescheids des Bundes in endgültiger Höhe in Kraft.

Das Vergabeverfahren wurde damit abgeschlossen und es können nun im nächsten Schritt die Fördermittel in finaler Höhe bei dem Bundesfördermittelgeber sowie bei dem Land beantragt werden. Weiterhin wird die Projektplanung entsprechend aktualisiert und vorangebracht, sodass wir hoffen, der Öffentlichkeit eine erste Bauzeitenplanung im kommenden Monat präsentieren und einen ersten Spatenstich im Sommer vornehmen zu können.



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

IV. Chancen- und Risikobericht

1. Risikobericht

Bestandsgefährdende Risiken für den Eigenbetrieb sind aus Sicht der Betriebsleitung nicht erkennbar.

Die Risiken, die entstandenen Baukosten durch Netzpachterlöse zu decken, sind durch den Netzverkauf an das regionale Telekommunikationsunternehmen ENTEGA Medianet GmbH entfallen. Durch den Kaufpreiserlös ist das laufende Kommunaldarlehen und somit alle offenen Forderungen des Eigenbetriebs IKbit bei den Kommunen, die das Ursprungsprojekt (FTTC-Netz/nicht geförderte Netzbestandteile) betreffen, vorzeitig abgelöst worden. Dadurch liegt auch das Risiko eines Netzüberbaus durch dritte Telekommunikationsunternehmen und die Netzauslastung sodann ausschließlich beim Betreiber und neuem Netzeigentümer ENTEGA Medianet GmbH.

Der Eigenbetrieb, als abwickelnde Stelle, wird weiterhin als Vertragspartner gegenüber dem Betreiber der verbliebenen geförderten Ausbauprojekte auftreten und die Schnittstelle zu den Kommunen darstellen.

Durch die Regelungen in der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung und der neu geschlossenen modifizierten öffentlich-rechtlichen Vereinbarung im Jahr 2022, ist grundsätzlich gewährleistet, dass die am Projekt beteiligten Kommunen für alle zahlungswirksamen entstehenden Aufwendungen beim Eigenbetrieb IKbit aufkommen müssen. Es gilt weiterhin, dass alle anfallenden Aufwendungen durch die Projektkommunen getragen werden, sodass dem Eigenbetrieb durch die Weiterbelastung ein gleich hoher Ertrag entsteht.

2. Chancenbericht

Durch die Initiierung seitens der Wirtschaftsförderung Bergstraße gemeinsam mit den Bürgermeistern der Projektkommunen im Jahr 2010, wurde im Kreis Bergstraße ein interkommunales Projekt zur zukunftsorientierten Breitbandversorgung gestartet. Dies war damit eines der ersten umgesetzten Projekte Hessens.

Mit Hilfe des Eigenbetriebes als Abwicklungsstelle der zehn Kommunen konnte ein flächendeckendes FTTC-Breitbandnetz errichtet werden, welches aus Sicht der Betriebsleitung immer noch sehr gut für die nahe Zukunft aufgestellt ist.

Zukünftiges Wachstumspotential bietet der Breitbandmarkt durch die zunehmende Digitalisierung. Immer mehr digitale Angebote, wie Homeoffice und Homeschooling, wollen genutzt werden und benötigen hierfür Highspeed-Netze. Durch die aktuell vermehrte Nutzung wird der Bedarf nach höheren Bandbreiten stetig wachsen. Dies haben auch verschiedene Telekommunikationsunternehmen erkannt und einen eigenwirtschaftlichen Gigabitausbau in Teilgebieten des IKbit-Gebiets angezeigt. Die ENTEGA Medianet GmbH hat sogar eine verbindliche Vereinbarung bezüglich ihres angekündigten eigenwirtschaftlichen Gigabitausbaus unterzeichnet und diesen auch schon weitestgehend abgeschlossen.

Somit wurde in großen Teilen des IKbit-Gebietes ein Gigabitausbau ohne finanziellen Beitrag der Kommunen erreicht, was den potenziellen finanziellen Beitrag der Kommunen für einen flächendeckenden Glasfaserausbau beträchtlich gemindert hat.

Alle verbleibenden Restgebiete werden über einen geförderten Gigabitausbau realisiert, welcher zentral und somit ressourcensparend über den Eigenbetrieb „IKbit – Interkommunales Breitbandnetz“ unter Einbindung der verfügbaren Förderprogramme von Bund und Land realisiert wird, wobei die Kommunen einen finanziellen Eigenanteil zu tragen haben. So wird gewährleistet, dass bis 2030 eine



Lagebericht gem. § 26 EigBGes zum Jahresabschluss 2024

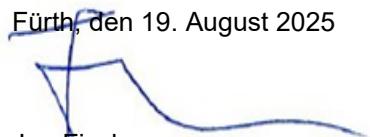
flächendeckende Gigabitversorgung verfügbar sein wird, was die Attraktivität der Kommunen für Gewerbetreibende und Familien enorm steigert.

Durch den Netzverkauf entfällt nicht nur das Risiko, dass die Erträge aus der Verpachtung des FTTC-Bestandsnetzes bei einem gleichzeitigen Gigabitausbau in den kommenden Jahren stark zurückgehen würden, was auch eine Refinanzierung des Kommunaldarlehens verlangsamt und insgesamt erschwert hätte. Nachdem mit dem Kaufpreiserlös zunächst das Kommunaldarlehen vollständig abgelöst und somit alle offenen Posten der Kommunen beim Eigenbetrieb getilgt wurden, ist der Restbetrag an die Kommunen ausbezahlt worden. Somit sind die Verbindlichkeiten der Kommunen, bei gleichzeitiger Erhöhung derer Liquidität, reduziert worden. Dies erleichtert die Finanzierung des von den Kommunen zu tragenden Eigenanteils für den geförderten Gigabitausbau.

3. Gesamtaussage

Die Betriebsleitung sieht das gesamte Projekt und somit den Eigenbetrieb als positiv aufgestellt und zukunftssicher. Mit dem Bau des FTTC-Breitbandnetzes konnte ein wichtiger Meilenstein für die einzelnen Kommunen und die Region erreicht werden, der mit der weiteren Strategie zum Gigabitausbau bestmöglich weitergenutzt und entwickelt wird. Mit dem Netzverkauf konnte die zukünftige Entwicklung des Projektgebietes bestmöglich gesichert und aufgestellt werden. Mit der Vergabe der Dienstleistungskonzession für den geförderten Gigabitausbau sind die Projektkommunen auf dem Weg zu einem flächendeckenden Gesamtausbau in ihren Kommunen.

Fürth, den 19. August 2025


Jan Fischer
Betriebsleiter

IKbit – Interkommunales Breitbandnetz, Fürth/Odenwald**Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers**

An den Eigenbetrieb IKbit – Interkommunales Breitbandnetz Fürth/Odenwald

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss des Eigenbetriebes IKbit – Interkommunales Breitbandnetz – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht des Eigenbetriebes IKbit – Interkommunales Breitbandnetz für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Eigenbetriebes zum 31. Dezember 2024 sowie seiner Ertragslage für das Wirtschaftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den Vorschriften des § 26 HesEigBGes i. V. m. § 289 HGB und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichtes geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 27 Abs. 2 HesEigBGes unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter Anwendung der IDW Prüfungsstandards für weniger komplexe Einheiten durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes“ unseres Bestätigungsvermerkes weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Eigenbetrieb unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und der Betriebskommission für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichtes, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichtes in Übereinstimmung mit den anzuwendenden Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Die Betriebskommission ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Eigenbetriebes zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den Vorschriften des Hessischen Eigenbetriebsgesetzes i. V. m. den einschlägigen deutschen für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und § 27 Abs. 2 HesEigBGes unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung unter Anwendung der IDW Prüfungsstandards für weniger komplexe Einheiten durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichtes getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichtes relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen des Eigenbetriebes bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

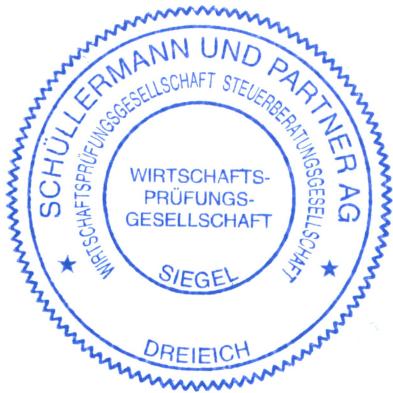
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Eigenbetriebes zur Fortführung der Unternehmensaktivität aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerkes erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Eigenbetrieb seine Unternehmensaktivität nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und

Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes vermittelt.

- beurteilen wir den Einklang des Lageberichtes mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Eigenbetriebes.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Dreieich, 19. August 2025



Schüllermann und Partner AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft


Wolfgang Kaiser
Wirtschaftsprüfer


Sascha Gönnheimer
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2024

1. Geltungsbereich

- (1) Die Auftragsbedingungen gelten für Verträge zwischen Wirtschaftsprüferinnen, Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im Nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer“ genannt) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Steuerberatung, Beratungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich in Textform vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.
- (2) Dritte können nur dann Ansprüche aus dem Vertrag zwischen Wirtschaftsprüfer und Auftraggeber herleiten, wenn dies vereinbart ist oder sich aus zwingenden gesetzlichen Regelungen ergibt. Im Hinblick auf solche Ansprüche gelten diese Auftragsbedingungen auch diesen Dritten gegenüber. Einreden und Einwendungen aus dem Vertragsverhältnis mit dem Auftraggeber stehen dem Wirtschaftsprüfer auch gegenüber Dritten zu.

2. Umfang und Ausführung des Auftrags

- (1) Gegenstand des Auftrags ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer übernimmt im Zusammenhang mit seinen Leistungen keine Aufgaben der Geschäftsführung. Der Wirtschaftsprüfer ist für die Nutzung oder Umsetzung der Ergebnisse seiner Leistungen nicht verantwortlich. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrags sachverständiger Personen zu bedienen.
- (2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf – außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen – der ausdrücklichen Vereinbarung in Textform.
- (3) Ändert sich die Sach- oder Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- (1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, dass dem Wirtschaftsprüfer alle für die Ausführung des Auftrags notwendigen Unterlagen und weiteren Informationen rechtzeitig übermittelt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrags von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen und weiteren Informationen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden. Der Auftraggeber wird dem Wirtschaftsprüfer geeignete Auskunftspersonen benennen.
- (2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der weiteren Informationen sowie der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten Erklärung in gesetzlicher Schriftform oder einer sonstigen vom Wirtschaftsprüfer bestimmten Form zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

- (1) Der Auftraggeber hat alles zu unterlassen, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährdet. Dies gilt für die Dauer des Auftragsverhältnisses insbesondere für Angebote auf Anstellung oder Übernahme von Organfunktionen und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.
- (2) Sollte die Durchführung des Auftrags die Unabhängigkeit des Wirtschaftsprüfers, die der mit ihm verbundenen Unternehmen, seiner Netzwerkunternehmen oder solcher mit ihm assoziierten Unternehmen, auf die die Unabhängigkeitsvorschriften in gleicher Weise Anwendung finden wie auf den Wirtschaftsprüfer, in anderen Auftragsverhältnissen beeinträchtigen, ist der Wirtschaftsprüfer zur außerordentlichen Kündigung des Auftrags berechtigt.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

- Soweit der Wirtschaftsprüfer Ergebnisse im Rahmen der Bearbeitung des Auftrags in gesetzlicher Schriftform oder Textform darzustellen hat, ist allein diese Darstellung maßgebend. Entwürfe solcher Darstellungen sind

unverbindlich. Sofern nicht anders gesetzlich vorgesehen oder vertraglich vereinbart, sind mündliche Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers nur dann verbindlich, wenn sie in Textform bestätigt werden. Erklärungen und Auskünfte des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrags sind stets unverbindlich.

6. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

- (1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Arbeitsergebnisse oder Auszüge von Arbeitsergebnissen – sei es im Entwurf oder in der Endfassung) oder die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber an einen Dritten bedarf der in Textform erteilten Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, es sei denn, der Auftraggeber ist zur Weitergabe oder Information aufgrund eines Gesetzes oder einer behördlichen Anordnung verpflichtet.
- (2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers und die Information über das Tätigwerden des Wirtschaftsprüfers für den Auftraggeber zu Werbezwecken durch den Auftraggeber sind unzulässig.

7. Mängelbeseitigung

- (1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlägen, Unterlassen bzw. unberechtigter Verweigerung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung kann er die Vergütung mindern oder vom Vertrag zurücktreten; ist der Auftrag nicht von einem Verbraucher erteilt worden, so kann der Auftraggeber wegen eines Mangels nur dann vom Vertrag zurücktreten, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlags, Unterlassung, Unzumutbarkeit oder Unmöglichkeit der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.
- (2) Ein Nacherfüllungsanspruch aus Abs. 1 muss vom Auftraggeber unverzüglich in Textform geltend gemacht werden. Nacherfüllungsansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.
- (3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z.B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse infrage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

8. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze (§ 323 Abs. 1 HGB, § 43 WPO, § 203 StGB) verpflichtet, über Tatsachen und Umstände, die ihm bei seiner Berufstätigkeit anvertraut oder bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, es sei denn, dass der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.
- (2) Der Wirtschaftsprüfer wird bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten die nationalen und europarechtlichen Regelungen zum Datenschutz beachten.

9. Haftung

- (1) Für gesetzlich vorgeschriebene Leistungen des Wirtschaftsprüfers, insbesondere Prüfungen, gelten die jeweils anzuwendenden gesetzlichen Haftungsbeschränkungen, insbesondere die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.
- (2) Sofern weder eine gesetzliche Haftungsbeschränkung Anwendung findet noch eine einzelvertragliche Haftungsbeschränkung besteht, ist der Anspruch des Auftraggebers aus dem zwischen ihm und dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis auf Ersatz eines fahrlässig verursachten Schadens, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit sowie von Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen, gemäß § 54a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt. Gleichermaßen gilt für Ansprüche, die Dritte aus oder im Zusammenhang mit dem Vertragsverhältnis gegenüber dem Wirtschaftsprüfer geltend machen.

- (3) Leiten mehrere Anspruchsteller aus dem mit dem Wirtschaftsprüfer bestehenden Vertragsverhältnis Ansprüche aus einer fahrlässigen Pflichtverletzung des Wirtschaftsprüfers her, gilt der in Abs. 2 genannte Höchstbetrag für die betreffenden Ansprüche aller Anspruchsteller insgesamt.
- (4) Der Höchstbetrag nach Abs. 2 bezieht sich auf einen einzelnen Schadensfall. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfasst sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden.
- (5) Ein Schadensersatzanspruch erlischt, wenn nicht innerhalb von sechs Monaten nach der in Textform erklärten Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde. Dies gilt nicht für Schadensersatzansprüche, die auf vorsätzliches Verhalten zurückzuführen sind, sowie bei einer schuldhaften Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit sowie bei Schäden, die eine Ersatzpflicht des Herstellers nach § 1 ProdHaftG begründen. Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt.
- (6) § 323 HGB bleibt von den Regelungen in Abs. 2 bis 5 unberührt.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

- (1) Ändert der Auftraggeber nachträglich den durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschluss oder Lagebericht, darf er diesen Bestätigungsvermerk nicht weiterverwenden. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeföhrte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit in gesetzlicher Schriftform erteilter Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.
- (2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.
- (3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

- (1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte wesentliche Unrichtigkeiten hinzuweisen.
- (2) Der Steuerberatungsauftrag umfasst nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, dass der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Fall hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, dass dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

- (3) Mangels einer anderweitigen Vereinbarung in Textform umfasst die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:
- Ausarbeitung und elektronische Übermittlung der Jahressteuererklärungen, einschließlich E-Bilanzen, für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger für die Besteuerung erforderlichen Aufstellungen und Nachweise
 - Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
 - Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
 - Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
 - Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

- (4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger Vereinbarungen in Textform die unter Abs. 3 Buchst. d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

- (5) Sofern der Wirtschaftsprüfer auch Steuerberater ist und die Steuerberatervergütungsverordnung für die Bemessung der Vergütung anzuwenden ist, kann eine höhere oder niedrigere als die gesetzliche Vergütung in Textform vereinbart werden.

- (6) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Einheitsbewertung sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrags. Dies gilt auch für

- die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z.B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer und Grunderwerbsteuer,
- die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen,
- die beratende und gutachtlische Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlungen, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen und
- die Unterstützung bei der Erfüllung von Anzeige- und Dokumentationspflichten.

- (7) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzugs wird nicht übernommen.

12. Elektronische Kommunikation

Die Kommunikation zwischen dem Wirtschaftsprüfer und dem Auftraggeber kann auch per E-Mail erfolgen. Soweit der Auftraggeber eine Kommunikation per E-Mail nicht wünscht oder besondere Sicherheitsanforderungen stellt, wie etwa die Verschlüsselung von E-Mails, wird der Auftraggeber den Wirtschaftsprüfer entsprechend in Textform informieren.

13. Vergütung

- (1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse auf Vergütung und Auslagenerersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

- (2) Ist der Auftraggeber kein Verbraucher, so ist eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenerersatz nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

14. Streitschlichtungen

Der Wirtschaftsprüfer ist nicht bereit, an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle im Sinne des § 2 des Verbraucherstreitbeilegungsgesetzes teilzunehmen.

15. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Dreieich

Berlin

Erfurt

Hannover

Kassel

Köln

Leipzig

Mainz

Mannheim

München

Sigmaringen

Würzburg



www.schuellermann.de

Wirtschaftsprüfung ▪ Steuerberatung ▪ Rechtsberatung ▪ Unternehmensberatung